

Process design optimization strategy to develop energy and cost correlations of CO

"im zuge der vorliegenden studie wurden erstmals belastbare empirische daten über die salienz außenpolitischer themen im deutschen bundestag erhoben und analysiert. zu selten steht die rolle des bundestages im mittelpunkt der politikwissenschaftlichen analyse deutscher außenpolitik. dies reflektiert den unstrittigen befund, dass es die bundesregierung ist, der die stärksten außenpolitischen kompetenzen zukommen. doch verfügt der bundestag über eine reihe von mitwirkungs- und kontrollmöglichkeiten auch im bereich der außenpolitik. die zentrale bedingung dafür, dass der bundestag diese möglichkeiten nutzt, ist die salienz eines außenpolitischen temas, also dessen wichtigkeit, bedeutung oder dringlichkeit für die mitglieder des bundestages. je höher die salienz einer außenpolitischen fragestellung für die bundestagsabgeordneten, desto stärker ist deren aufmerksamkeit für die politik der bundesregierung in dieser frage mobilisiert und desto nachdrücklicher werden sie ceteris paribus von ihren institutionellen möglichkeiten gebrauch machen, die regierungspolitik zu kontrollieren und zu beeinflussen. um die bestehende forschungslücke hinsichtlich der bedeutung außenpolitischer themen im bundestag zu schließen, haben die autoren eine umfrage unter den mitgliedern des 16. deutschen bundestages durchgeführt, welche die salienz von außenpolitik in drei grundlegenden dimensionen erfasst. als wichtigstes thema der deutschen außenpolitik ergibt sich aus der umfrage der themenkomplex der europäischen integration. die mit abstand wichtigsten bilateralen beziehungen sind jene zu den usa und frankreich, wobei die usa vor frankreich liegen. die für deutschland wichtigste internationale organisation ist in den augen der bundestagsabgeordneten eindeutig die europäische union."

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2006s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die